auch nur das kleinste Opfer zu bringen, sondern die ganze Bürde des Verlustes auf den Arbeitgeber abwälzen. Mag es nun auch geschehen, daß in einzelnen wenigen, durch ihre Eigenart besonders bevorzugten Geschäftsbetrieben noch jetzt ein Nutzen für den Unternehmer bezw. das in seinem Unternehmen steckende Capital verbleibt, so tritt doch im großen Ganzen die Thatsache um so greller hervor, daß Capital und Arbeitgeber an der äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind, und daß jeder Versuch der Arbeiter, die Vertheilung von Pflichten und Rechten noch mehr als bisher zu Ungunsten der Arbeitgeber zu verschieben, der britischen Industrie als solcher die schwersten, vielleicht unheilbaren Wunden schlagen muß. Leider verhalten sich die Dinge annähernd ebenso schlimm in Deutschland, und einen großen Theil der Schuld, vielleicht den größten, an dem Darniederliegen des Geschäftszuges tragen die agitatorisch verhetzten Arbeitermassen mit ihrem unablässigen Verlangen nach Erhöhung der Arbeitslöhne und Verkürzung der Arbeitszeit.

Wir haben schon mehrfach auf die Anstrengungen hingewiesen, welche Dänemark durch die Anlegung eines Freihafens in Kopenhagen macht, um die von der Erbauung des Nord-Ostseecanals für den dänischen Handelsverkehr befürchteten Nachtheile abzuwenden. Die gedachte Freihafenanlage ist bekanntlich im Frühjahr v. J. vom dänischen Reichstag beschlossen und vom König bestätigt worden. Gegenwärtig werden die Arbeiten mit solcher Kraft gefördert, daß man der Eröffnung des Kopenhagener Freihafens noch vor der Fertigstellung des Nord-Ostseecanals entgegensehen darf. Die Veranlassung zur Errichtung jenes Freihafens ist in der sehr erklärlichen Besorgniß zu suchen, daß der Nord-Ostseecanal, an dem nicht minder eifrig gearbeitet wird, den Handel von Kopenhagen nach den norddeutschen Häfen ziehen und diese Stadt der Vortheile, die es infolge seiner geographischen Lage bisher gehabt, rauben könnte. Ein leicht zugänglicher Freihafen am Eingang der Ostsee selbst wird die Bedeutung der Stadt erhöhen, wird hier ein für die Producte Amerikas und des westlichen Europas berechneter Stapelplatz gebildet wird. Die skandinavischen Länder, sowie Rußland und die deutschen Ostseehäfen werden sich, wie man hofft, dieses Stapelplatzes bedienen; die Kaufleute der Küstenplätze an der Ostsee, so setzt man in Kopenhagen voraus, werden nicht zögern, sich einen Hafen nutzbar zu machen, der mitten im Winter so gut wie frei von Eis ist und wo die Waaren für den künftigen Export aufgestapelt werden können. Man rechnet in Kopenhagen auch darauf, daß eine Menge von Rohartikeln am Platze verarbeitet werden; ferner werden Anstalten getroffen werden, um Darlehne und Vorschüsse auf Waaren zu ermöglichen, und nichts soll unversucht bleiben, die nöthigen Fahrzeuge nach dem Hafen zu ziehen, um Schiffsräume zu niedrigen Frachtsätzen zur Verfügung zu haben. Auch denkt man sich die Möglichkeit, daß die transatlantischen Dampfer lieber Kopenhagen zum Endpunkt ihrer Touren machen, als die gefährliche Ostsee zu passiren. Dadurch würde dann der weitere Absatz der Waaren der Kopenhagener Handelswelt zufallen.

Deutsches Reich.

△ Berlin, 29. April. Die Veröffentlichung des „Staatsanzeigers“ über die Fortführung der Steuerreform hat einen überraschend günstigen Erfolg gehabt, insofern sich die Presse aller Parteien sehr überwiegend, ja fast ausschließlich für die „ganze Arbeit“ ausgesprochen hat. Damit kann der Gedanke eines weiteren stufenweisen Vorgehens als beseitigt angesehen werden. Aus der besagten Veröffentlichung war zwar deutlich zu erkennen, daß auch die Sympathie des Finanzministers der vollen Durchführung der Reform in Einem Zuge zugewandt war, aber auf der Basis der grundsätzlichen Zustimmung der öffentlichen Meinung wird Herr Miquel um so zuversichtlicher ans Werk gehen können. Auch der Gedanke einer schärferen Heranziehung des fundirten Einkommens im Wege einer Vermögenssteuer hat, ganz allgemein genommen, eine so weitgehende Anerkennung gefunden, daß wohl auch die Regierung bei ihrer endgiltigen Stellungnahme demselben vor anderen Vorschlägen den Vorzug geben wird. Im Einzelnen freilich erheben sich noch viele schwerwiegende Fragen, die, auch wenn sie nicht einer schlecht verhehlten Feindseligkeit gegen das ganze Project entspringen, doch, je nachdem ihre Beantwortung ausfällt, für die Stellungnahme der parlamentarischen Factoren maßgebend sein werden. Dahin gehört namentlich die Art und Weise, wie und auf welche communalen Verbände die Realsteuern übertragen werden sollen, vor Allem aber, wie überhaupt das Communalsteuerwesen geordnet, wie insbesondere das Einkommen in demselben behandelt werden wird. Nach den bei der Einkommensteuerreform gemachten Erfahrungen darf man zu der Leitung des Finanzministeriums das Vertrauen haben, daß in den zu erwartenden Entwürfen diese und ähnliche Fragen ihre gründliche Beachtung und eine dem Geiste des ganzen Reformwerks entsprechende Lösung finden werden. Nach alledem scheinen sich die besten Aussichten zu eröffnen, daß die letzte Session der gegenwärtigen Legislaturperiode des Landtags an ihrem Ende auf den vollständigen Abschluß des großen Werkes der Steuerreform zurückblicken kann. Vorbedingung für das Gelingen aber wird sein eine durchaus sichere Garantie, daß die Reform nicht auf einen Gewinn des Fiscus hinauslaufen darf. Schon machen sich Stimmen vernehmlich, welche die Vermögenssteuer mit neuen Militairbedürfnissen in Verbindung bringen. Eine unzweideutige Zurückweisung derartiger Andeutungen wäre dringend zu wünschen. Aber das genügt nicht. Es wird nöthig sein, im Gesetze selbst jene Garantie zu beschaffen.

— Der Großherzog von Hessen trifft zum Besuch am kaiserlichen Hofe am 4. Mai in Potsdam ein.

— Die Prinzessin Friedrich Karl gedenkt am nächsten Montag Mittag Berlin zu verlassen und ihre Reise nach Italien anzutreten.

— Ueber die am 28. d. unter dem Vorsitze des Staatssecretairs Dr. v. Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths berichtet heute der „Reichsanzeiger“:

„Die Zustimmung wurde ertheilt: dem im Reichstag von den Abgeordneten Möller, Roesicke und Genossen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des §. 87 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 und des §. 95 des Gesetzes, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886, dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Vorbereitung des Kriegszustandes in Elsaß-Lothringen, dem Entwurf einer Bekanntmachung wegen Ausführung des Gesetzes über den Verkehr mit Wein rc., den Entwürfen von Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken und über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Hechel- und ähnlichen Maschinen, endlich dem Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen wegen Ausführung des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung in der durch den Landesausschuß abgeänderten Fassung. Für die von der diesjährigen Wiener Musik- und Theater-Ausstellung zurückgelangenden Güter wurde zollfreie Wiedereinlassung zugestanden. Anerkannt wurde auf den Antrag des Evangelischen Ober-Kirchenraths und des zuständigen Herrn Cultusministers, daß die Bestimmungen des §. 4 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes auf die von den Kirchengemeinden und kirchlichen Instituten der evangelischen Landeskirchen Preußens mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten, sowie deren Pensionsanspruch den Mindestbetrag der Invalidenrente erreicht, Anwendung zu finden haben. Einer Eingabe zweier Berliner Bäcker-Innungen, betreffend das Verkaufsgeschäft an Sonn- und Festtagen, beschloß die Versammlung keine Folge zu geben. Der Entwurf von Bestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen und die Vorlage, betreffend die zollfreie Ablassung von Netzen für die Hochseefischerei, wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen.

— Von parlamentarischer Seite wird der „Berliner Börsen-Zeitung“ geschrieben:

Es ist ständige Uebung geworden, daß bei politischen Debatten im Abgeordnetenhause die 29 Mitglieder zählende Partei zwei Redner stellt, nämlich die Herren Rickert und Richter — regelmäßig in dieser Reihenfolge. Liegt hierin ein Mißverhältniß zwischen den parlamentarischen Ansprüchen, so läßt sich doch auch nicht verkennen, daß Herr Richter häufig ein Interesse daran hat, die Vertretung der Partei Herrn Rickert nicht allein zu überlassen. Die Abweichungen zwischen den beiden Fractionsgenossen, die bei solchen Gelegenheiten zu Tage treten, sind immer interessant und waren es auch in der gestrigen Debatte in mehr als einem Puncte, am meisten aber dort, wo sich die Herren über den Fürsten Bismarck äußerten. Herr Rickert, bis vor Kurzem noch ein Stümper gegen Richter, wenn es sich um gehässige Angriffe auf die Person des früheren Reichskanzlers handelte, verblieb in der alten Tonart, während Herr Richter sich nicht nur aller Anwürfe enthielt, sondern an zwei Stellen in einer Weise von der „wuchtigen Persönlichkeit des Fürsten“ sprach, die den Eindruck der Anerkennung hervorzurufen geeignet war. Man wird nicht falsch urtheilen, wenn man das politischere Verhalten auf Seiten des radicalen deutschfreisinnigen Führers findet. Herr Richter ist frei von Sentimentalität und seine persönlichen Empfindungen gegenüber dem grimmig Gehaßten haben in neuerer Zeit keine Wandlung erfahren. Er hat aber das volle Verständniß für die Thatsache, daß die Ereignisse der letzten Jahre, weit entfernt, die vorhandenen Sympathien für Bismarck erkalten zu lassen, dem erprobten Staatsmann vielmehr eine nach Millionen zählende Menge von Bewunderern aus den Reihen seiner früheren Gegner haben erstehen lassen. Es ist das das Verdienst des neuen Courses, der den Grollenden von früher die Augen öffnet über das, was unter Bismarck geschehen und — unterlassen worden ist. Als Fürst Bismarck seine Entlassung erhielt, bezeichnete die „Freisinnige Zeitung“ mit großer Genugthuung die Thatsache, daß die Rente nur um 30 ₰ gefallen war. Herr Richter hat mittlerweile erkennen müssen, daß er im Frühjahr 1890 einen falschen Maßstab an die Stimmung des Volkes angelegt, und als politischer Mann trägt er Bedenken, durch fernere solche Beurtheilung des Alt-Reichskanzlers die Entrüstung der Gesinnungsgenossen im Lande herauszufordern. Herr Rickert scheint in diesem Puncte weniger scharf zu sehen.“

— Die deutsche Armee wird bekanntlich mit Mannschaftszelten ausgerüstet, welche den Soldaten beim Aufenthalt unter freiem Himmel Schutz gegen nachtheilige Witterungseinflüsse gewähren sollen. Damit die Mannschaften selbst nicht durch den Transport der Zelte belastet werden, sind in der Artilleriewerkstatt in Spandau die Munitions- und Bagagewagen mit mechanischen Vorrichtungen versehen worden, an denen die Zeltstäbe und Tücher angebracht werden. In dieser Weise sollen dann die zu den Zelten erforderlichen Gegenstände, in Säcken verpackt, im Felde bei der Truppe mitgeführt werden.

— Die Commission, welche sich schon im Herbst v. J. mit dem Gesetzentwurf, betreffend die einheitliche Regelung des Giftverkehrs, beschäftigt hat, tritt am 10. Mai im kaiserlichen Gesundheitsamte wiederum zu einer Berathung zusammen.

— Man schreibt der „Nat.-Ztg.“: „In der Angelegenheit der sogenannten Schloßlotterie ist vielfach die irrthümliche Annahme verbreitet, als sei das Comité für die Niederlegung der Schloßfreiheit als solches in irgend einer Weise an dem Project betheiligt. Wie wir versichern können, sind an das Comité in seiner Gesammtheit derartige Pläne niemals herangetreten. Das Comité als solches hat vielmehr seine Wirksamkeit von Anfang an auf die Sache beschränkt, zu deren Inswerksetzung es zusammengetreten war, nämlich die Niederlegung der Häuser an der Schloßfreiheit. Was einzelne Mitglieder sonst unternehmen, geht die Gesammtheit des Comité nichts an.“

— Der frühere Cultusminister Graf Zedlitz hat sich gestern hier einer Darmfistuloperation unterzogen. Die an sich nicht ungefährliche Operation ist sehr günstig verlaufen. Graf Zedlitz befindet sich den Umständen nach wohl und dürfte, wie die „Post“ meldet, binnen vierzehn Tagen vollständig wieder genesen sein.

— Der „A. M.-K.“ zufolge wird sich binnen Kurzem der kaiserliche Reichscommissar für das Togoland, Herr von Puttkamer, auf seinen Posten zurückbegeben. Herr von Puttkamer war im vorigen Sommer mit Urlaub hier eingetroffen und ist von October ab im Auswärtigen Amt hierselbst thätig gewesen. Sein Stellvertreter in Togo, Graf Markus Pfeil, wird erst dann nach Deutschland zurückkehren, nachdem die Grenzregulirung zwischen dem englischen und deutschen Gebiet, deren Abschluß nahe bevorsteht, beendet sein wird. In Begleitung des Herrn von Puttkamer werden die Reise nach Togo antreten: der Botaniker Dr. Gruner aus Jena, der in Misahöhe eine wissenschaftliche Untersuchungsstation errichten wird, sowie der dem Auswärtigen Amte zugetheilte Lieutenant Schlieckmann, à la suite des 72. Regiments.

— Die anarchistische Zeitung, welche vom Mai ab hier erscheinen sollte, wird erst später herausgegeben werden, da die Unternehmer mit dem betreffenden Drucker nicht einig geworden sind.

— Abgeordnetenkammer. Im Laufe der heutigen fortgesetzten Berathung über die Vorlage, betreffend die Beamtengehalte, erklärte der Minister des Innern, Freiherr v. Feilitzsch, die bayerische Regierung habe drei Desiderien, deren Erfüllung sie stets anstreben werde, daß nämlich den Handlungsreisenden künftig verboten werde, Waarenbestellungen bei Privaten nachzusuchen, daß ferner der Gewerbebetrieb auch des seßhaften Gewerbes, falls er in ambulanter Weise an Sitze des Gewerbes geschieht, als Hausirhandel zu betrachten sei, und drittens, daß der Wandergewerbeschein auch für Angehörige des Deutschen Reiches von der Bedürfnißfrage abhängig gemacht werde. In der heutigen Abendsitzung wurde die Vorlage, betreffend Aufbesserung der Gehalte der pragmatischen Staatsbeamten im Gesammtbetrage von 2 487 000 ℳ dem Beschluß des Ausschusses gemäß mit 120 gegen 29 Stimmen unverändert angenommen. Der Ministerpräsident und der Finanzminister hatten die Annahme lebhaft befürwortet.

— In wenigen Wochen wird der Kanzler Schmiele vom Reichscommissariat des Neu-Guinea-Schutzgebietes mit Urlaub hier eintreffen. Derselbe hat beinahe 6 volle Jahre in jenen tropischen Gegenden seiner verschiedenen amtlichen Thätigkeit obgelegen, ohne ein einziges Mal Urlaub zu nehmen — ein äußerst seltener Fall, welcher Anerkennung verdient. Im Sommer 1886 reiste der damalige Gerichts-Assessor Schmiele nach der Südsee ab, traf im September auf Kaiser-Wilhelms-Land ein und wurde Mitte October vom Landeshauptmann Frhrn. v. Schleinitz als Richter erster Instanz vereidigt. Zuerst hatte er seinen Amtssitz zu Finschhafen, dem Sitze der Landesverwaltung; aber schon kurze Zeit nachher wurde er nach Matupi in der Blanchebai im Bismarck-Archipel versetzt. Als im Jahre 1889 die Neu-Guinea-Compagnie die Landesverwaltung abgab und ein kaiserlicher Commissar eingesetzt wurde, erfolgte die Ernennung Schmiele's zum Kanzler desselben; daneben übte er noch die Befugnisse eines Richters aus und hat wiederholt die beiden Landeshauptleute, sowie den Commissar als Richter zweiter Instanz und bei anderen amtlichen Functionen vertreten. Auch hat Kanzler Schmiele verschiedene Inspectionsreisen in die abgelegenen Theile des Schutzgebietes mitgemacht und die Colonie genau kennen gelernt. Im November hat er einen sechsmonatigen Urlaub angetreten; er hat auf der Reise nach Europa sich zunächst nach dem Sunda-Archipel und Ceylon gewendet, um dort die Verwaltungs-Einrichtungen, Pflanzungen u. s. w. kennen zu lernen. Auf Java hat er von Seiten der holländischen Beamten, sowie der Pflanzer allseitiges Entgegenkommen gefunden. Der Gouverneur von Niederländisch-Indien versah ihn mit einem Empfehlungsschreiben. Vom Director des Botanischen Gartens in Buitenzorg erhielt er fünf Kisten für den Bismarck-Archipel, welche kostenfrei dahin gesandt werden sollen, und die Zusage von weiteren Zusendungen an Sämereien. Schmiele ist dann von Java nach Ceylon gegangen.

— S. M. Kreuzer „Sperber“, Commandant Corvetten-Capitain Fischer, beabsichtigt am 3. Mai von Sydney nach Apia (Samoa-Inseln) in See zu gehen.

* Hamburg, 29. April. Die „Hamb. Nachr.“ führen aus, Fürst Bismarck habe im Februar 1890 nicht geglaubt, daß innere Conflicte ausbleiben würden. In den letzten Jahren sei viel geschehen, was Bismarck bei seiner Berechnung für die Zukunft nicht vorausgesehen habe; so die beschwichtigende Behandlung aller früherer Gegner des Reiches, der Socialdemokratie, des Centrums, der Polen, der Franzosen im Elsaß und schließlich der Welfen. Es sei auch nicht anzunehmen, daß auch nur einer der genannten Gegner durch die ihnen gemachten Concessionen versöhnt werden würde. — Zur Frage des Indemnitätsgesuchs von 1866 führen die „Hamb. Nachrichten“ gegenüber der „Kreuzzeitung“ aus, daß der Versuch, in Rechnung auf die Begeisterung über die damaligen Siege das vergrößerte Preußen gewaltsam zu beherrschen, eine höchst ungeschickte Vorbereitung auf den bevorstehenden französischen Krieg und auf die Durchführung der nationalen Einheit in Deutschland gewesen wäre.

* Oldenburg, 29. April. Der Kaiser ist um 7 Uhr hier eingetroffen und frühstückte mit der erbgroßherzoglichen Familie im Schlosse. Der Großherzog weilt in Italien. Um 8 Uhr fuhr der Kaiser mit dem Erbgroßherzog nach Wilhelmshaven.

* Bochum, 29. April. Alle Bergarbeiterfeste, welche am 1. Mai stattfinden sollten, sind von den Behörden verboten worden.

* Karlsruhe, 29. April. Der Kaiser hat an den Großherzog von Baden anläßlich dessen vierzigjähriger Regierungsjubelfeier ein Allerhöchstes Handschreiben gerichtet, worin es heißt, die vierzigjährige Wiederkehr des Tages, an welchem der Großherzog die Regierung angetreten habe, werde nicht nur von der jubelnden Begeisterung seiner getreuen badischen Völker, sondern so weit die deutsche Zunge klinge, mit freudiger Theilnahme begrüßt. Das Handschreiben spricht den Wunsch aus, es möge dem Großherzog vergönnt sein, noch während einer langen Reihe von Jahren die Früchte einer dem Wohle seines gesegneten Landes unablässig gewidmeten Fürsorge zu genießen und im Bunde mit den übrigen deutschen Fürsten für die Größe des Reiches zu wirken! — Im Laufe des Tages haben bei Hofe zahlreiche Empfänge stattgefunden, darunter ein großer Empfang des diplomatischen Corps. Heute Abend besuchten der Großherzog und die Großherzogin zum ersten Male seit dem Trauerjahre 1888 das Hoftheater. Das Publicum begrüßte die hohen Herrschaften daselbst mit begeisterten Zurufen.

* Würzburg, 29. April. Wegen angeblicher Beleidigung des Generalcommandos wurde der Redacteur des hiesigen „Journals“ auf den 13. Mai vor das Schwurgericht verwiesen.

* München, 29. April. Vor Beginn der heutigen Versammlung der Angehörigen der Nahrungs- und Genußmittelbranche erklärte die Polizeidirection, wegen des politischen Charakters der Versammlung auf Grund des bayerischen Vereinsgesetzes die Anwesenheit von Frauen und Minderjährigen für unstatthaft.

Oesterreich-Ungarn.

* Wien, 29. April. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses berieth heute die vom Herrenhause zurückgelangte Vorlage über die Theuerungsbeiträge für Staatsbeamte und beschloß, die Erhöhung der Beitragssumme auf eine Million, jedoch ohne Heranziehung der Cassenbestände, aufrecht zu halten. Der Finanzminister erklärte, bei dem bisherigen Standpunct der Regierung verharren zu müssen. — Wie aus Pest berichtet wird, begeben sich Ministerpräsident Graf Szapary und Finanzminister Wekerle Sonnabend Nachts nach Wien, um an den Sonntag beginnenden gemeinsamen Minister-Conferenzen, die sich mit den Vorlagen für die Delegationen beschäftigen werden, Theil zu nehmen. — Bezüglich der angekündigten Ernennung des Grafen Hartenau zum Generalmajor und Commandanten der 11. Infanterie-Brigade wird aus Graz berichtet, daß in derselben keine außergewöhnliche Beförderung zu erblicken sei. Graf Hartenau ist als Oberst für das Avancement zum Generalmajor an der Tour, und seine Ernennung wird auch in dem unmittelbar bevorstehenden Mai-Avancement, das eine stattliche Anzahl von Neuernennungen höherer Officiere enthalten wird, publicirt werden.

* Wien, 29. April. (Abgeordnetenhaus.) Anläßlich der heutigen ersten Lesung der Steuervorlagen warf der Jungczeche Herold der Regierung vor, daß sie eine Politik des Stehlens befolge. Das jetzige System sei politisch bankerott. Man versuche daher eine wirthschaftliche Stärkung desselben durch Valutareform und Steuergesetze. Die Jungczechen aber würden den Versuch, die Staatsfinanzen auf diesem Wege zu ordnen, bekämpfen.

* In der zuletzt erschienenen Nr. 42 der „Mittheilungen“ des „Wiener Deutschen Schulvereins“ wird ein Bild der Einnahmen und Ausgaben des Vereins im abgelaufenen Vereinsjahre 1891 gegeben. Die Einnahmen sind leider hinter denen der Vorjahre etwas zurückgeblieben und betrugen nur 263 178 fl. (einschließlich der 139 000 fl. Spenden und der 11 116 fl. Zinsertrag.) Im Jahre 1890 wurden eingenommen 268 590 fl., 1889: 302 800 fl., 1888: 299 500 fl., 1886: 293 200 fl. Verausgabt hat die Vereinsleitung im Jahre 1891 192 560 fl. für Schulzwecke, 18 173 fl. für Lehrerpensionen und 6100 fl. Baufondsunterstützungen, zusammen 216 833 fl. (1890 betrugen die Ausgaben 233 300 fl., 1889: 229 000 fl., 1888: 226 200 fl., 1887: 226 400 fl.) Seit seiner Gründung im Jahre 1880 hat der Wiener Schulverein 1 923 933 fl. baar verausgabt, ferner Gebäude angekauft oder erbaut im Gesammtwerthe von 353 697 fl. und außerdem einen Betrag von 76 519 fl. für bewilligte, aber noch nicht ausgezahlte Schulunterstützungen zurückgelegt. Im Ganzen widmete daher der Verein bis Ende 1891 2 354 149 fl. für Schulzwecke, abgesehen von den im Gründerfonds für den gleichen Zweck hinterlegten 176 685 fl. Für das laufende Jahr wurden bereits bewilligt 110 039 fl. für Schulerhaltungen, 36 777 fl. zur Erhaltung von Kindergärten, 15 833 fl. für Schulunterstützungen, 14 245 fl. für Kindergarten-Unterstützungen, 22 056 fl. für andere Unterstützungen und 8000 fl. zu Gehaltszulagen, zusammen 207 000 fl. Vom 1. December 1891 bis Ende Februar 1892 gewährte der Schulverein Unterstützungen in Böhmen in 60 Fällen, in Mähren in 20, in Schlesien, Galizien und der Bukowina in 12, im südlichen Oesterreich (Steiermark, Kärnten, Krain und Tyrol) in 32 Fällen. Die diesjährige Hauptversammlung wird am 26. Mai in Wien abgehalten werden. Die Zahl der Ortsgruppen hat sich von 1150 auf etwa 1090, die Zahl der Mitglieder von 120 000 auf etwa 95 000 vermindert.

Belgien.

* Brüssel, 29. April. Viele Polizei- und Gerichtsbeamte in Lüttich erhielten anarchistische Drohbriefe. — In der heutigen Kammersitzung bekämpft der Deputirte Graux die Tendenz des Ministeriums, den ländlichen Wählern das Uebergewicht über die städtischen zu verschaffen.

Frankreich.

* Paris, 29. April. Der Justizminister sperrte den Gehalt des Erzbischofs von Nancy wegen der kürzlich veröffentlichten Broschüre. Wie verlautet, erwägt der Minister die Möglichkeit, den Bischof Gouthe-Soulard wegen des letzten Hirtenbriefes seines Amtes zu entsetzen. — Das auf der Arbeitsbörse ausgegebene socialistische Manifest führt eine sehr leidenschaftliche Sprache gegen die Bourgeoisie und fordert die Arbeitersyndicate auf, in Belleville eine große Versammlung zu Gunsten des Achtstundentages und der Beseitigung der Arbeitsnachweis-Bureaux abzuhalten. — Ein Brief Liebknecht's an das socialistische französische Syndicat betont die Solidarität der deutschen Socialdemokratie mit der französischen.

Schweiz.

* Bern, 29. April. Laut hierher gelangten Berichten hat eine Reihe cantonaler Beamten Drohbriefe erhalten, deren Urheberschaft den Anarchisten zugeschrieben wird. Dem Präfecten in Lausanne, Namens Pringeud, wurde gedroht, sein Haus werde am 1. Mai in die Luft gesprengt. Aus Italien weggewiesen, sind im Canton Tessin neue Anarchisten angekommen. Die dortige Polizei wurde deshalb verstärkt.

Italien.

* Rom, 29. April. Der heutige Tag ist hier ruhig verlaufen. Es wurden wieder 20 Verhaftungen von Anarchisten vorgenommen. — Die Meldung eines hiesigen Blattes, daß bei einem Arbeiter Dynamit vorgefunden sei, beruht auf einem Irrthum. — In Nizza wurden fünf italienische Anarchisten verhaftet. — Der berüchtigte französische Anarchist Pini wurde an der italienisch-französischen Grenze bei Ventimiglia gesehen. — In der Redaction des mazzinistischen Blattes „Emancipazione“ wurde eine Haussuchung veranstaltet, die indeß kein Ergebniß hatte. — In Palermo platzte eine Papierbombe. Der Vorfall ist bedeutungslos, nur ein Bubenstreich. Ueberhaupt giebt die übergroße Angst, die in gewissen Kreisen herrscht, zu manchem frechen Schabernack Anlaß. — Den Arbeitern des Kriegsarsenals in Venedig wurde angekündigt, daß sie sofort entlassen würden, falls sie am Sonntag nicht arbeiteten.

Großbritannien.

* London, 29. April. Hier verlautet, das Parlament werde noch vor Pfingsten aufgelöst werden; die Neuwahlen sollen sechs Wochen später stattfinden.

— Das Unterhaus lehnte in seiner heutigen Sitzung mit 74 gegen 54 Stimmen den Antrag des Mitgliedes Clark, betreffend die Einsetzung besonderer Parlamente für Irland, Schottland, Wales und England ab. Der Präsident des Local-Gouvernement Board, Ritchie, hatte sich gegen den Antrag ausgesprochen.

Portugal.

* Lissabon, 30. April. (Telegramm.) Wie die Blätter melden, hat die Polizei Befehl erhalten, die französische Gesandtschaft und das französische Consulat zu überwachen. Man befürchtet Anschläge der Anarchisten auf diese Gebäude. — Das gestrige „Diario“ veröffentlicht ein Decret, wonach die portugiesische Agentur in London aufgehoben wird.

Rußland.

* Petersburg, 29. April. Einen neuen Beweis, wie wenig man in wirthschaftlichen Fragen officiösen russischen Mittheilungen glauben darf, giebt eine amtliche Petersburger Depesche. Während seit nahezu vier Wochen immer und wieder darauf hingewiesen wurde, welche glänzenden Ernte-Aussichten der jetzige Saatenstand in Rußland eröffne, während mit diesen thörichten Meldungen an den Börsen der schlimmste Unfug getrieben wurde, um den Curs der russischen Werthe künstlich zu beeinflussen und auf der jetzigen übertriebenen Höhe zu erhalten, giebt jetzt eine Meldung aus Petersburg der Wahrheit die Ehre und stellt fest, daß in einem großen Theile Rußlands die Schneedecke auf den Feldern noch so hoch und stark ist, daß die erste Zusammenstellung amtlicher Saatenstandsberichte erst in etwa vier Wochen wird erfolgen können, mit andern Worten also, daß zur Zeit noch Niemand in der Lage ist, die russischen Ernte-Aussichten für das laufende Jahr vorauszusagen. Nur soviel ist bekannt, daß in den siebzehn russischen, einst so fruchtbaren Nothstandsbezirken die Wintersaat nur unter den allergrößten Hindernissen und durchweg recht ungenügend hat erfolgen können.

Orient.

* Konstantinopel, 29. April. Der Sultan billigte die Antwortnote des Großvezirs Djevad Pascha auf

---

Trostlosigkeit der Vereinsamung noch die Qualen bitterster Reue hinzutreten.

Seltsam, aber nicht eben am besten mag es auf Thronen um die Einsamkeit bestellt sein. Fürsten, beständig umgeben von Dienern höheren und geringeren Ranges, die nur ihres Winkes gewärtig stehen, sind äußerlich zwar nie allein. Ganze Völker schauen ihren Handlungen, hören ihren Reden zu, denn wie im Fluge weiß sich die Presse ihrer Thaten, ja selbst ihrer Worte zu bemächtigen, und fast alles aus ihrem Leben, vom harmlosen Spazierritte bis zur folgenschwersten Reichstagsbestimmung, pflegt gegenwärtig im Handumdrehen mit Druckerschwärze überzogen und so in alle Welt hinausposaunt zu werden. Wird aber wohl jene allgemeine öffentliche Theilnahme, die man den Regierenden entgegenbringt, dieselben vor Vereinsamung schützen können?

Gewiß, es muß zugegeben werden, daß das scharfe Wort des Dichters „Fürsten haben keine Freunde“ auch Ausnahmen duldet, wie unter Anderm das Beispiel Carl August's von Weimar beweist, aber als Regel ist es doch immerhin zu betrachten. Die Herrscher der Welt stehen höher und darum einsamer als andere Erdgeborene. Tausende, zuweilen Millionen von Menschen vertrauen ihnen, sie aber dürfen nicht einem Einzigen unter jenen Vielen trauen, die Pflicht, Vortheil des Staates und Eigennutz in ihre Nähe führen. Der gewöhnliche Sterbliche darf die Regenten verehren, ihnen huldigen; die Schmeichelei wagt es, sich an ihrer kühnen Größe unkrautähnlich empor zu ranken, aber die Liebe, jene durch äußeren Glanz unbestechliche, selbstlose Liebe, die aus freier Wahl Herz mit Herzen verbindet, weilt nirgends seltener als an Thronen und in Palästen. Mancher würde wahrscheinlich die vielbeneideten Mächtigen dieser Erde weniger beneidenswürdig finden, wenn er sich unparteiisch die große Gefahr der Vereinsamung, welcher ihr innerer Mensch, ihre Seelen so leicht ausgesetzt sind, vergegenwärtigen wollte. — Auch den Herrschern auf geistigem Gebiete wird mehr als Anderen das traurige Loos des Alleinseins zu Theil; mit ihrer Erkenntniß hoch über ihrer Zeit stehend, werden sie von derselben gern mißverstanden, verlacht und als Sonderlinge gemieden.

Die Classe der innerlich Verlassenen ist eben groß und weit verzweigt; Menschen jeden Geschlechtes, Alters und Standes können ihr angehören, und um die traurigen Folgen seelischer Vereinsamung, Trostlosigkeit und Verbitterung und Lebensüberdruß möglichst abzuschwächen, giebt es nur ein Mittel, das ist die Arbeit, am besten Arbeit für Andere. Nützliche Thätigkeit pflegt die trauteste Gesellschafterin des Alleinstehenden zu sein; liebevoll kürzt sie ihm die endlosen Tage und Stunden und weiß seinem sonst leeren Leben einen Inhalt zu verleihen. Aber die Arbeit allein genügt nicht; wenn in der Brust des Einsamen das Mitgefühl für fremde Leiden und Freuden erstarb, dann wird er vergeblich durch eisernen, verzweifelten Fleiß sich über die Oede seines Herzens hinweg zu täuschen suchen. Anders dagegen Derjenige, dem es Bedürfniß ist, möglichst viel zum Wohle seiner Mitmenschen beizutragen, der noch Augen hat für das Lächeln eines durch ihn erfreuten Kindes, der Anderen Halt, Stütze, kurz, das sein will und kann, was er selbst vorher oder nie besaß. Gewiß, auch er wird das Gefühl des Alleinseins nicht gänzlich von sich scheuchen können; es wird über ihn hereinbrechen, wenn der bisherige Gegenstand seiner Sorge derselben nicht mehr bedarf, oder sie mit Undank vergilt, er wird noch manchmal schmerzlich fragen: „Warum nur lebt für mich Niemand, der zu mir gehört bis in den Tod und darüber hinaus?“ Doch ein solch sehnsüchtiges „Warum“ kann das Herz dessen, der gelernt hat, für Andere zu leben, nicht verbittern oder verhärten, denn das Bewußtsein, dem Nächsten noch etwas sein zu können, richtet ihn immer wieder empor.

Jedes Menschenherz ist so beschaffen, daß ihm der Drang, etwas zu lieben, inne wohnt. Gar oft verirrt sich dieser heiligste aller Naturtriebe; er wird mißverstanden von Vielen, die im Geräusche der Welt ihre Seelen an verwerfliche Güter verlieren, mißverstanden auch von einer Unzahl einsamer Menschen. Deshalb existirt der alleinstehende Geizhals nur noch für seinen ängstlich behüteten Mammon, darum treiben das alternde Mädchen und die kinderlose Wittwe so häufig einen sündhaften Cultus mit ihrer Hunde- oder Katzenfamilie. Wie viel Liebe, durch die der Verlassene den Verlassenen beglücken, die für beide eine Quelle edelster Befriedigung werden könnte, geht auf solche Weise dem Menschengeschlechte verloren! „Fremdes Glück zu begründen, ist der süßeste Ersatz für eigenen Verlust.“ Wenn jeder nach Kräften dieses schöne Dichterwort beherzigen wollte, dann würde manches Herz von den Qualen der Vereinsamung befreit, manche Thräne hienieden getrocknet werden können.